C 21246 E

DIE MAUER MUSS WEG!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 11. August 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Die Mauer muß weg – das ist der berechtigte Wunsch des deutschen Volkes hüben und drüben. Darin drückt sich aus, daß es sich nach wie vor als eine deutsche Nation begreift und sich mit der Teilung nicht abgefunden hat. Das Volk straft damit die Honnecker und Bachmann Lügen, die behaupten, eine deutsche Nation gäbe es nicht mehr.

Die Mauer muß weg – das sagen auch die westdeutschen Imperialisten. Aber was verstehen sie darunter? Sie verstehen darunter die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereiches, die Einverleibung der DDR auf kaltem oder heißem Wege. Wir Kommunisten, die KPD/ML, führen den Kampf für die nationale Einheit des deutschen Volkes unter der Stoßrichtung:

Deutschland dem deutschen Volk!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Ausführlicher Artikel auf Seite 4 und 5.

Die Seiten 4 und 5 können als Plakat nachbestellt werden.

Bundesverfassungsgericht zum Grundvertrag:

HEIM INS REICH?

Der Kampf der westdeutschen Bourgeoisie um die Durchsetzung des Grundvertrags hat seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Nachdem der Vertrag von der DDR akzeptiert, im Bundestag gesetzlich verankert ist, hat das Bundesverfassungsgericht die Aufgabe bekommen, Sinn und Zweck der Verträge klarzulegen.

Jahrelang wurde der Arbeiterklasse ein gewaltiger Schaukampf vorgeführt. Vor allem die D'K'P hat es übernommen, den Grundvertrag als Schlusstrich unter die aggressive Vergangenheit des deutschen Imperialismus zu preisen. Weil die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands diesen Schlussstrich wollten, folgten sie dem Kampfruf der D'K'P-Führer im April 72 gegen den Buhmann Strauss, bangten sie jetzt zum Teil um die Erhaltung des Grundvertrags angesichts der Verfassungsklage der CDU/CSU.

Die KPD/ML war die einzige Partei, die von Anfang an erklärt hat: Es gibt keinen Kampf zwischen 'Friedenswilly' und dem 'Rechtskartell'. Es gibt allein die Interessen der alten Kanonenkönige, der Herren von Kohle, Stahl, Chemie und Elektronik. Sie haben sich nicht geändert. Darum ist auch mit Brandt nicht die ewige Friedenszeit angebrochen. Der Grundvertrag wie der Moskauer und der Warschauer Vertrag dienen nicht dem Frieden. Sie sind ein Schritt hin zu dem alten in der Verfassung verankerten Ziel: Wiedervereinigung Deutschlands unter dem Diktat der westdeutschen Imperialisten. Wiedervereinigung Deutschlands als Anfang eines neuen 'IV. Reiches'.

Die Ereignisse haben uns recht gegeben.

''Grundvertrag kein Teilungsvertrag!'', ''Deutschland geht nicht unter!'', sind die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse angesichts des Urteils von Karlsruhe.

Das sind Töne, von denen viele glaubten, sie wären mit der Verabschiedung des Grundvertrags endgültig passe. Sie haben sich getäuscht. Die lammfrommen Worte der letzten Jahre hatten nur den Zweck, das deutsche Volk und die Völker der Welt zu belügen und zu betrügen. Jetzt wo die Verträge unter Dach und Fach sind, können die westdeutschen Politiker, können Presseschreiber und Propagandisten in Funk und Fernsehen wieder reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. ''Heim ins Reich!'' wird die Losung bald wieder offen heissen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Urteilsbegründung geben den Auftakt dazu.

Die Kernpunkte der Urteilsbegründung sind:

1. ''Das Grundgesetz ... geht davon aus, dass das deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdau-

Fortsetzung auf Seite 2



GROSSDEUTSCHES REICH 1942



BUNDESREPUBLIK UND DDR

Aus dem Inhalt:

Afghanistan:
Einkreisung Chinas? S.2
Gegen die braune Pest hilft nur Gewalt! S.2
Stabilitätsabgabe: Finanzhilfe für Imperialisten S.3
Wird der Pütt 1975 dicht gemacht? S.3
Die Mauer muss weg! S.4
1.Nationale Konferenz der FUNK S.6
Burghausen:
Sieg durch Solidarität S.7
Tübingen:
Totenschein im Koffer S.7
Solidarität mit dem spanischen Volk S.8
Hände weg von Ulrike Meinhof! S.8

Vom Preisstopp wird gesprochen:

Lohnstopp wird vorbereitet!

In einem Fernsehinterview forderte kürzlich der DGB-Vorsitzende Heinz Vetter, die Einrichtung einer Behörde, die alle Preiserhöhungen genehmigen müßte. Diese Forderung richtet sich nicht etwa gegen Lohnraub und Teuerung, sondern zielt darauf ab, die Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuhalten.

In den Kämpfen um die Teuerungszulage haben oft Arbeiter gesagt: 'Wenn wenigstens die Preise stabil wären, könnte man je vielleicht auf ein oder zwei Prozent verzichten'. Aber im Kapitalismus gibt es keine Stabilität der Wirtschaft. Während die Lebenshaltungskosten immer höher steigen, verschärft sich zugleich der Lohnraub der Kapitalisten.

Hier nun kommt DGB-Vetter und will der Arbeiterklasse vorgaukeln, dass durch eine Preiskontrollbehörde und Preisstopp die Stabilität im Kapitalismus hergestellt werden könnte.

Wie ernst die DGB-Führung ihre Forderung nach Preisstopp meinen, zeigen bestens die immer unverschämter steigenden Preise in den gewerkschaftseigenen Coop-Läden, die ständigen Mieterhöhungen der ' Neuen Heimat '. Was heisst denn Preisstopp? Preisbindungen sollen geschaffen werden, die staatlich kontrolliert werden. Heute, so schätzen Wirtschaftsinstitute, wären davon rund 1,5 Mill. Preise betroffen. Abgesehen davon, dass die Staatsbürokratie im Papier ersticken würde, bevor überhaupt die Hälfte der Preise erfasst wäre, **wird der Staatsapparat des Kapitals niemals ernsthaft dem Kapital mit Kontrollen auf den Leib rücken.** Die Kartellgesetze der SPD - Regierung beweisen das eindeutig.

Dieser Lärm an der Preisfront, sei es der Preisstopp oder auch der Warenboykott, soll die Arbeiterklasse von der Hauptfront im Tageskampf ablenken: den Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft, den Lohn. Und gerade der Lohn wird durch den sogenannten Preisstopp Vetters betroffen. Das ' Handelsblatt ' stellt dazu fest: '' Die Gewerkschaftsführer müssten eigentlich selbst wissen, dass ein Verbot, mit den Preisen den Kosten zu folgen, auch zu einer Reglementierung der Kosten, somit auch der Löhne und Gehälter führen müsste''. Im Klartext: Der Preisstopp (ist) ohne anschliessende Lohnkontrolle nicht denkbar''.

Das ist der Kern der Sache, darauf zielt die DGB-Forderung nach 'Preisstopp' ab. Während die Preise dem Namen nach kontrolliert würden, soll durch die staatliche Behörde vor allem der Lohnstopp festgelegt und kontrolliert werden.



DGB-Chef Vetter

Lange Zeit haben die Gewerkschaftsführer mit ihrer konterrevolutionären Ideologie der Klassenversöhnung die Arbeiterklasse vom Kampf abhalten können. Die letzten Monate aber zeigen, dass die Arbeiter immer mehr ohne und sogar gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung auf eigene Kraft gestützt den Kampf führen. Die Kämpfe bei Mannesmann, Klöckner, Bänninger usw. zeugen davon. Und so greifen die Gewerkschaftsführer zu anderen Mitteln. Zum einen setzen sie verstärkt auf die Revisionisten, die im Mantel des Sozialismus die Gefolgschaft der DGB-Führung predigen, zum anderen aber fordern sie die konterrevolutionäre Gewalt der Staatsmacht.

Die Forderung, eine Kontrollbehörde zu schaffen, läuft genau darauf hinaus, per Gesetz die Kämpfe der Arbeiter zu illegalisieren. Die Antistreikgesetze in England zeigen, was der Arbeiterklasse mit einer solchen Kontrollinstanz blühen soll: Streiks müssen beantragt werden und durch Arbeitsverpflichtung verhindert werden. Wer dann nicht spurt, wird vor Gericht gestellt bzw. Polizei und Bundesgrenzschutz können zur Einhaltung des Gesetzes gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden.

Fortsetzung auf Seite 3

Afghanistan

Weitere Einkreisung Chinas ?

Ein scheinbar fortschrittliches Ereignis wurde am 17.7.73 aus Afganistan gemeldet: Der König ist gestürzt, die Monarchie abgeschafft, die Republik ausgerufen worden. In Wirklichkeit ändert sich nichts an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur Afganistans: Das Land bleibt so arm wie es ist, die Mullahs (islamische Geistliche) behalten ihre Macht einschliesslich der Gerichtsbarkeit, die Stammesfürsten herrschen weiterhin über die Stämme und es bleibt alles wie vor dem Putsch, brutaler Feudalismus, insbesondere bei den Nomadenstämmen, die die Mehrheit der afganischen Bevölkerung bilden.

Umso mehr hat sich aussenpolitisch geändert. Mohammed Daud, der neue Machthaber in Afganistan, Staatschef, Aussen- und Verteidigungsminister in einer Person, ist ein erklärter Feind Pakistans. Schon in den Jahren 1953-63, als er Ministerpräsident war, hatte er eine scharf antipakistanische Politik verfolgt. Als Begründung dienten ihm die sieben Millionen als Minderheit in Pakistan lebenden Pathanen, die er 'heimholen' wollte - Afganistans Bevölkerung besteht zu 60 % aus Pathanen. Damals war Pakistan noch ein starker Staat und Dauds Politik mutete eher abenteuerlich an. Heute ist das anders. Pakistan ist durch zwei Kriege mit Indien und den Verlust Ost-Pakistans geschwächt. Gleich nach dem Putsch hat deshalb Daud alle in Afganistan lebenden Pakistanis, bis auf das Botschaftspersonal, aufgefordert, das Land sofort zu verlassen. Mit seinen wenn auch geringen militärischen Kräften schliesst sich Afganistan im Norden der antipakistanischen indischen Front im Osten an.

Daud - Hoffnung der sowjetischen Sozialimperialisten

Mohammed Daud ist auch ein grosser Freund der sowjetischen Sozialimperialisten, die viel Geld ins Land gesteckt, eine ganzjährig passierbare, strategisch wichtige Strasse über den Khaiber-Pass durch ganz Afganistan gebaut und die 84.000 Mann zählende Armee und Luftwaffe mit sowjetischen Waffen ausgerüstet haben. Daraus darf man nicht schliessen, dass Daud bereits eine Marionette der sowjetischen Sozialimperialisten ist, aber mit seiner Politik gegenüber Pakistan dient er eindeutig den Zielen der neuen Zaren im Kreml. Pakistan, das sich der antichinesischen Front auf dem indischen Subkontinent nicht angeschlossen hat, sondern, im Gegenteil, freundschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China unterhält, soll entscheidend geschwächt werden, damit es der sozialimperialistischen Einkreisungspolitik gegenüber China nicht mehr im Wege steht.

Die große Zange - Moskaus Plan



Die Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten sind weit gesteckt. Sie möchten die Volksrepublik China in eine grosse Zange nehmen, beginnend am Amur und Ussuri, über Sibirien, die Mongolei, Zentralasien, Afganistan und Indien, weiter über Indochina bis nach Nordkorea. **In diesem Komplott steht Pakistan nicht auf ihrer Seite, ebensowenig wie das von den Roten Khmer befreite Kambodscha.** Weitere wunde Punkte in ihrer Front sind Laos, Vietnam und Nordkorea, wo sie mit allen Mitteln versuchen, Einfluss zu gewinnen und ihn zur Vorherrschaft auszubauen. Dabei stossen sie auf den entschiedenen Widerstand der Volksmassen. Dies zeigt sich besonders deutlich in Südvietnam, wo jetzt verstärkt in Moskau geschulte 'Verwaltungsfachleute' die bewährten Kämpfer der Befreiungsfront ablösen sollen. Die Meinung des Befehlshabers der Befreiungsfront im Bezirk My Tho im Mekong-Delta über diese Leute: 'Sie reden, als ständen sie am Roten Platz in Moskau, - aber wie man bei den Gutsherrn nachts die Steuern eintreibt, davon haben sie keine Ahnung.' Und wir können hinzufügen: Davon wollen sie auch keine Ahnung haben, denn sie handeln so, wie es ihnen ihre Lehrherren beigebracht haben.

Die Komplotte der sowjetischen Sozialimperialisten gegen die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution, werden scheitern, die Völker Asiens werden sich kein neues Joch aufzwingen lassen. Daran ändert auch der gegenwärtige 'Erfolg' in Afganistan nichts.

HEIM INS REICH !

Fortsetzung von Seite 1

ert hat... Das deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit... Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich' – in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teilidentisch'." (B. II, 1).

2. Daraus folgt die zwingende Verpflichtung für jede westdeutsche Regierung, zielstrebig auf die 'volle Identität' hinzuarbeiten. Diese Wiedervereinigung hat zum Ziel **"ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."** (Art.7, Abs.2 des nach wie vor gültigen Deutschlandvertrags).



3. Daraus aber folgt, dass die Bundesrepublik die DDR nie als souveränen Staat anerkennen wird. **"Die Deutsche Demokratische Republik ist im Sinne des Völkerrechts ein Staat und als solcher Völkerrechtssubjekt. Diese Feststellung ist unabhängig von einer völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik Deutschland. Eine solche Anerkennung hat die Bundesrepublik Deutschland nicht nur nie förmlich ausgesprochen, sondern im Gegenteil wiederholt ausdrücklich abgelehnt."** Deshalb ist auch der Grundvertrag nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts ein innerstaatlicher Vertrag, die DDR kein Ausland. Die DDR, die Beziehungen zu ihr, und die Grenze der DDR haben somit für die westdeutschen Imperialisten den gleichen Rang wie zum Beispiel die Beziehungen zwischen dem Bund und einzelnen Bundesländern. Die Bürger der DDR bleiben "Deutsche Staatsbürger", die jederzeit die "Hilfe und den Schutz" des Bonner Staates anrufen können.

4. Selbstverständlich ist bei diesen Absichten, dass die Politiker verpflichtet werden, in Westdeutschland und z.B. auch jetzt in der UNO Propaganda für die Wiedervereinigung im Sinne der westdeutschen Imperialisten zu machen.

5. Die Bedeutung des Grundvertrages im Rahmen der Wiedervereinigung bestimmt die Urteilsbegründung so: **"Er kann ein erster Schritt sein in einem längeren Prozess, der zunächst in einem der dem Völkerrecht bekannten verschiedenen Varianten einer Konföderation endet. Also ein Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes in einem Staat, also auf die Reorganisation Deutschlands."**

Die Sprache des Gerichts ist klar. Die Marschrichtung ist festgelegt. So ist auch der grosse Schaukampf zum Betrug des Volkes überflüssig geworden. Regierung und Opposition sind zufrieden. Einzig die Revisionisten halten sich in ihrer Stellungnahme zum Karlsruher Urteil noch zurück. Kein Wunder. Für jeden, der den Text dieser Urteilsbegründung liest, ist damit auch das Urteil über 'die Friedenspolitik' der D'K'P gesprochen. Schliesslich waren die 'Verträge' der Hauptpunkt ihrer sogenannten Friedensarbeit, der Beweis ihrer angeblichen Freundschaft mit der Bevölkerung der DDR. Der scheinbare Streit um die Verträge zum Betrug des Volkes wurde von ihr als Tatsache hingestellt; um der Arbeiterklasse und allen Werktätigen weiszumachen, dass Teile der Bourgeoisie bereits 'vernünftig' geworden sind.

Die Bundesrichter in Karlsruhe haben aktenkundig niedergelegt, dass die D'K'P-Führer im Namen des Friedens und der Völkerverständigung für die Annektionsinteressen der westdeutschen Imperialisten und damit gegen die Interessen der arbeitenden Menschen in Westdeutschland und in der DDR gekämpft haben. Sie tragen mit ihrem ungeheuren Verrat die Hauptschuld daran, dass den westdeutschen Imperialisten dieser Schritt vorwärts zur Einverleibung der DDR gelungen ist.

Die Partei und alle Marxisten-Leninisten, alle friedliebenden Menschen aber müssen daraus ihre Lehren ziehen. Die Wachsamkeit gegenüber den imperialistischen Plänen der westdeutschen Imperialisten muss erhöht werden. Der Kampf gegen die Verräter am Frieden und am Sozialismus in der Führung der D'K'P muss verstärkt werden. Es gibt keinen Weg zum Frieden, den Kapital und Arbeiterklasse gemeinsam gehen können. Die Hoffnung des Kapitals hiess und heisst Raub, Expansion und Krieg.

"Wer den Krieg verhindern will, muss das Gewehr in die Hand nehmen, muss den Krieg gegen das Kapital und seinen Staat führen.

Das gilt für die arbeitenden Menschen in Westdeutschland wie in der DDR. Denn mit ihrer Zustimmung zum Grundvertrag haben die Verräter in der Führung der DDR endgültig bewiesen, dass sie nicht nur den Sozialismus, den Kampf um die nationale Einheit, aufgegeben haben, sondern in schändlicher Weise nicht nur Westberlin, sondern auch souveränen Interessen der DDR an die westdeutschen Imperialisten verkauft haben.

Polizei und Klassenjustiz für 'Aktionsgemeinschaft 17.Juni'



Am 13.August 72 wollte die faschistische 'Aktionsgemeinschaft 17.Juni' in Berlin unter dem Vorwand, gegen die 'Mauer' zu protestieren, eine revanchistische Aktion gegen die Souveränität der DDR starten.*

In Schwarzhemden mit Runen auf den Ärmeln rückte das braune Pack an. Unsere Partei demonstrierte zusammen mit fortschrittlichen Menschen und Organisationen gegen diese Provokation.

Einer unserer Genossen wurde von einem Greiftrupp der Polizei, die den Faschisten zu Hilfe kam und brutal gegen Antifaschisten vorging, festgenommen.

Der Genosse wurde wegen 'Widerstand gegen die Staatsgewalt in besonders schwerem Falle' angeklagt und verurteilt.

Das zeigte sich noch einmal deutlich im Berufungsverfahren. Der Genosse hatte Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt übrigens auch, weil ihm das Urteil 'zu milde' war.

Obwohl der Richter ihn immer wieder mahnte und klarzumachen versuchte, dass es hier nicht um Politik, sondern 'um den reinen Sachbestand' ginge, sagte ein Polizist aus, ihre Einheit habe die Aufgabe gehabt, die 'Aktionsgemeinschaft 17.Juni', d.h. die Faschisten zu schützen.

Unter Empörungsrufen des Publikums, das der Richter aus dem Saal zu weisen drohte, sagten 3 Kollegen aus, wie faschistisch die Polizei ihre 'Aufgabe' wahrgenommen hatte.

Der Angeklagte stellte während der Verhandlung und im Schlussplädoyer heraus:

Polizei und bürgerliche Klassenjustiz haben die Aufgabe, die Faschisierung des Staates und die faschistischen Banden selbst vor der wachsenden Empörung der Bevölkerung zu schützen.

Das Urteil: Berufung abgelehnt, es bleibt bei 300,— DM Geldstrafe.

* Stellung der KPD/ML zur Mauer siehe Seite 4 und 5.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25,— DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

STABILITÄTSABGABE

Finanzhilfe für die imperialistische Expansion

Nach Informationen ' aus unterrichteten Kreisen ' hiess es Ende Juli, dass die Einkommensgrenze für die Stabilitätsabgabe von 24 000.- auf 12 000 .- DM gesenkt werden soll. Hatte man zuvor noch so getan, als wollte man nur die 'Reichen' schröpfen, hat man nun diese Maske fallen gelassen. Die neu angepeilte Einkommensgrenze soll sich auch auf die unteren Lohngruppen erstrecken. Damit soll für die gesamte Arbeiterklasse die Lohnsteuer um 10% angehoben werden.

Das voraussichliche Lohnsteueraufkommen für 1973 wird mit 60 Milliarden Mark veranschlagt. Durch die Stabilitätsabgabe soll dieser Betrag um 6 Mrd ' aufgestockt' werden. Zugleich wurden viele Verbrauchersteuern erhöht, z.B. die Mineralölsteuer, sodass auch hier eine Mehreinnahme von rund 10 Mrd. veranschlagt werden muss.

Was bezweckt die Regierung mit diesen unverschämten Steuererhöhungen? Sie behauptet, sie muss Geld aus dem Umlauf ziehen, um die überhitzte Konjunktur zu bremsen. In Wirklichkeit gibt sie das Geld gleich wieder aus, aus, indem **sie es ihren Auftraggebern, den Monopolkapitalisten, in den Rachen wirft.**

Z.B. für die Stärkung der Grossagrarier, denen sie Milliardenbeträge im Rahmen des 'Grünen Plans' zuschanzt, oder für die Stärkung der Kohlebarone, die sich am Handel mit Öl hemmungslos bereichem und dazu noch Kohlesubventionen erhalten. Vor allem werden damit die Stahlkonzerne und indirekt die Rüstungsbetriebe subventioniert.

Aber gerade die Rüstung treibt die Inflation voran. **Nicht die Stabilität, sondern die Profite der Monopole und damit auch die imperialistische Expansion, liegen der Regierung am Herzen.**

Vordringen des westdeutschen Imperialismus in der Welt

Die grossen, international verflochtenen westdeutschen Konzerne wittern Morgenluft. Niemals war es so verlockend für sie, Geld zu exportieren, im Ausland anzulegen und in den Ländern mit billiger Arbeitskraft daraus Mammutprofite zu ziehen. **Diesen Kapitalexport fördert die Bundesregierung durch Bürgschaften,** d.h. sie muss soviel Geld bereithalten, als die imperialistischen Konzerne im Ausland investieren, um ihnen beim 'Verspekulieren' zu helfen.

Ein Musterbeispiel für diese imperialistische Expansion ist **der Cabora-Bassa-Staudamm in Mozambique, für den die Bundesregierung eine 500-Millionen-Bürgschaft geleistet hat** und wo sie sorgt, dass das Projekt militärisch abgesichert wird. Deshalb erhält Portugal, der 'eigentliche' Herr von Mozambique, von der Bundesregierung Waffen und Gerät. Dafür, unter anderem, braucht die Bundesregierung das Geld, das sie durch Steuererhöhung, Stabilitätsabgabe usw. einnimmt. **Diese Gelder dienen direkt der Unterdrückung der Befreiungsbewegung in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.**

Einen besonders fetten Happen wittern die westdeutschen Imperialisten in der Sowjetunion. **Die sowjetischen Sozialimperialisten, selber Ausbeuter wie die westdeutschen Kapitalisten, verschachern die Bodenschätze ihres Landes an den Meistbietenden.** Auch hier braucht der westdeutsche Imperialismus Geld, je mehr, desto besser.

Expansion nach außen – Unterdrückung nach innen

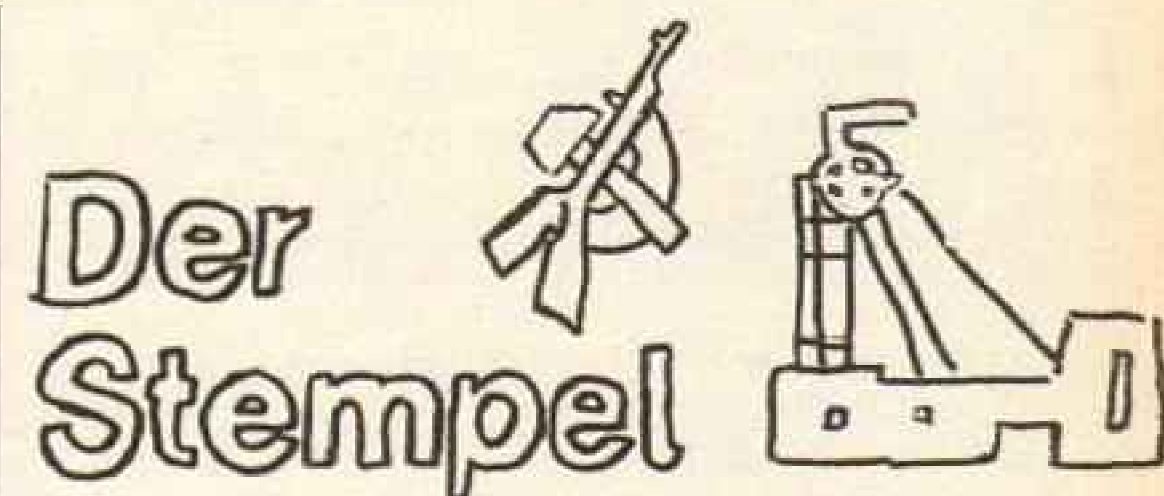
Die Kosten der Expansion in der ganzen Welt sind nicht anders aufzutreiben als **durch die Ausplünderung auch des eigenen Volks.** Arbeitshetze, 'Rationalisierung' und Lohnabbau durch Preissteigerungen und Steuererhöhungen rufen abe unweigerlich den Widerstand des Volkes und der Arbeiterklasse hervor. Diesem Widerstand muss vorgebaut werden und so erzeugen die Kosten der Expansion weitere Kosten fur die Niederhaltung des eigenen Volkes. Die Bundeswehr, Instrument der Macht nach aussen, muss aufgerüstet werden, damit sie auch nach innen, gegen das eigene Volk und die eigene Arbeiterklasse, ein wirksames Instrument der Bourgeoisie ist. Wegen ihrer relativen Unzuverlässigkeit – sie besteht aus wehrpflichtigen Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen – muss sie durch andere Organe ergänzt werden, den Bundesgrenzschutz, die Polizei, den Werkschutz, die Justiz, die Gefängnisbüttel usw. **Dieser Unterdrückungsapparat, ohne den die Expansion der westdeutschen Imperialisten auf die Dauer nicht möglich ist, verschlingt allein Milliarden.** Dafür braucht die Bundesregierung die Gelder aus Steuererhöhungen und Stabilitätsabgabe.

Kampf dem Anschlag der westdeutschen Imperialisten

Wir dürfen uns nicht irreführen lassen, wenn der Regierungssprecher Armin Grünewald die Ankündigung der Senkung der Einkommensgrenze widerrufen hat. Die Bourgeoisie wird diese Massnahme noch einige Male ankündigen und widerrufen, bis das "Volk sich daran gewöhnt hat". Dann wird sie die Ankündigung wahrmachen.

Der Anschlag der Monopolherren auf unsere Lebenslage ist ein umfassender politischer Anschlag gegen das deutsche Volk. Gleichzeitig plündern sie auf blutige Weise die Völker der Welt aus. Darum genügt es nicht, den Kampf gegen Lohnraub losgelöst vom Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus, und losgelöst von der solidarischen Unterstützung der Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker zu führen.

KAMPF DEM LOHNRAUB UND POLITISCHER UNTERDRUCKUNG!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
VORWÄRTS IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF!



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die Zeche "General Blumenthal"

10 Schachtanlagen von der Größe Blumenthals werden noch dicht gemacht! Auf Blumenthal verstärken sich zur Zeit die Gerüchte, daß Blumenthal 1975 stillgelegt wird. Kumpels, was hat man davon zu halten? Brandau tönt zwar immer wieder, Blumentahl würde nicht stillgelegt, weil sie eine der modernsten Zechen ist und der Absatz gesichert wäre.

Dass von Brandaus Versicherungen um die Sicherung unserer Arbeitsplätze nichts zu halten ist, weiss selbst der verbohrteste SPD-Abhänger. Erinnern wir uns:

Als **Bismarck** stillgelegt wurde, war sie die modernste Schachtanlage Europas.

Bevor **Shamrock** dichtgemacht wurde, musste ein Kumpel, der davon sprach, sich oben melden und er wurde zusammengeschissen – 14 Tage später wurde die Stillegung öffentlich bekanntgegeben.

Bei **Hannover-Hannibal** war ein Streb vollständig eingerichtet – einen Tag später wurde alles ausgeraubt.

Von der Zeche **Holland** in Wattenscheid hiess es auch, das ist ein sicherer Pütt – Holland steht auf der RAG-Abschussliste!

Die Kumpels von **Moltke** lasen die Stillegung am Montag in der Zeitung, nachdem am Sonntag auf der Belegschaftsversammlung darüber kein Wort verloren wurde.

Wieviel ist also die Versicherung von Nehrdich und Brandau wert? Keinen Pfifferling, solange wir nicht selber kämpfen, wie damals die Kumpels von **Hansa** und **Pluto**!

WAS IST MIT DEM ENGERGIEKONZEPT?

Wie sieht es denn mit dem 'berühmten' Energiekonzept aus, von dem IGBE-Gelhorn und Schmidt immer faseln? Das Energiekonzept gibt es schon – praktisch seit 1958! Das Energiekonzept des westdeutschen Imperialismus heisst:

ERDÖL = ZECHENTOD

Der Bonner Staat hilft bei der Schaffung eines westdeutschen Erdölmonopols mit 1,5 Milliarden DM. Dieses Geld will er in die Taschen der Aktionäre pumpen. Brandt reist im Auftrag der Monopole nach Persien, um mit dem Schah, dem blutigen Unterdrücker des persischen Volkes, über Sonderbedingungen beim Erdölgeschäft zu verhandeln. Seit 1969 sucht die staatliche westdeutsche Erdölforschungsgesellschaft DEMINEX in aller Welt nach Erdöl. Das Energiekonzept der Bundesregierung heisst klar:
Erdöl zZechensterben.

Über die Erdölforderung werden die nationalen Energiereserven der Völker der dritten Welt beraubt, um mit den Superprofiten hier die Taschen der Monopolkapitalisten zu füllen. Wenn der westdeutsche Imperialismus dort ungestört die Quellen ausrauben kann, dann bereitet es ihm keine Schwierigkeiten, hier die Zechen dichtzumachen!

WAS FÜR EINE ROLLE SPIELT DIE OPEC?

Aber dagegen wehren sich diese Völker immer mehr. Sie haben sich in der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) zusammengeschlossen. Sie kämpfen so um bessere Preise für Erdöl und den Schutz ihrer nationalen Energiereserven. Besonders Libyen steht mit an der Spitze dieses Kampfes. Je entschlossener die OPEC-Länder kämpfen, desto mehr Schwierigkeiten bekommen die imperialistischen Länder USA und Westdeutschland.

Lohnstopp wird vorbereitet...

Fortsetzung von Seite 1

Auch in Deutschland gibt es 'Vorbilder' für solche Massnahmen. Selbst der 'Schnelldienst des Deutschen Industrieinstituts gibt es offen zu: "Der Arbeitnehmer kann sich von dieser Entwicklung, die letztlich auf eine Arbeitsfront hinausläuft, nichts erhoffen." **Vetters Plan bedeutet nichts anderes, als die 'Arbeitsfront' des Hitlerfaschismus wieder auferstehen zu lassen.** In dieser 'Arbeitsfront', in der die Arbeiter zwangsweise mit dem Kapital zusammen organisiert wurden, hatten Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung gemeinsam der Arbeiterklasse ihr Diktat aufgezwungen.

Um die immer breiter werdende Kampffront der Arbeiterklasse am Boden zu halten, sind die Gewerkschaftsführer gewillt, diesen Weg des Hitlerfaschismus einzuschlagen. **Denn sie selbst sind Kapitalisten in der Grössenordnung eines Flick:** Geschäfte mit Israel haben der Bank für Gemeinwirtschaft Riesenprofite gebracht, die Neue Heimat treibt auf Kosten der Mitgliedsbeiträge Expansion in den Ländern Lateinamerikas. Mit Coop, Konsum usw. besitzt der DGB eine der grössten Ladenketten in Westdeutschland. Immer weiter treiben sie die Verflechtung mit anderen Monopolen und dem Staat voran. "Es gibt kein deutsches Grossunternehmen, dessen Aufsichtsrat nicht zu einem Drittel oder gar zur Hälfte mit Persönlichkeiten besetzt wäre, die das Vertrauen der Gewerkschaften besitzen, wenn es nicht gar Gewerkschaftsführer selbst sind, die hier mitbestimmen." (Handelsblatt). **In Hamburg holte sich der DGB den Hamburger Polizeiminister Ruhnau in den Vorstand der COOP, der ehemalige Gewerkschaftsführer Leber wiederum wurde zum Kriegsminister ernannt.** Wen wundert es da, dass diese imperialistischen Gewerkschaftsführer alles tun, damit der westdeutsche Imperialismus seine Expansions- und Revanchepläne auf dem Rücken der westdeutschen Arbeiterklasse ausführen kann!



Unter Führung der KP Britanniens/Marxisten-Leninisten kämpft die englische Arbeiterklasse gegen das Antistreikgesetz von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung.

Die Zusammenarbeit von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung in der konzertierten Aktion, in der Richtlinien für die Tarifkämpfe ausgeheckt werden, war bereits ein Schritt hin zur faschistischen Staatsgewerkschaft. Eine staatliche Lohn- und Preiskontrollbehörde, die per Gesetz die Richtlinien durchführen würde, wäre ein weiterer Schritt.

Dass die westdeutschen Gewerkschaften entschlossen sind, dies zu verwirklichen, zeigen von Gewerkschaftsführern gebilligte Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter wie in Lippstadt, zeigt das Beispiel eines kommunistischen Betriebsrates, der bei Bänninger mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung rausgeworfen wurde: Wegen 'Organisierung eines wilden Streiks' soll er vor ein Arbeitsgericht gestellt und für den Produktionsausfall verantwortlich und haftbar gemacht werden.

Verschiedene Massnahmen haben sie bereits ergriffen, um die Faschisierung der Gewerkschaften voranzutreiben:

– Ausschlussterror gegen alle Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Kräfte;

– in vielen Betrieben hat das Kapital es bereits übernommen, für die Gewerkschaft den Mitgliedsbeitrag einzutreiben: er wird gleich vom Lohn abgezogen;

– Zwangsmitgliedschaft in Rüstungs- und Transportbetrieben.

Die Forderung des DGB-Vorsitzenden Vetter nach einer Kontrollbehörde für Preiserhöhungen, beabsichtigt nichts anderes, als dem Kampf der Arbeiterklasse den staatlich verfügten Lohnstopp, entsprechend Streikverbot und konterrevolutionäre Gewalt entgegenzusetzen. Diese Forderung reiht sich ein in die Faschisierungstendenzen der westdeutschen imperialistischen Gewerkschaftsführer.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

DIE MAUER

12 Jahre ist es jetzt her. Die Kinder in Westberlin kennen es nicht mehr anders. Ihre Stadt endet an einer Mauer.
Als am 13.August 1961 die Regierung der DDR die Mauer quer durch Berlin zog, waren das deutsche Volk hüben und drüben, sowie die Völker Europas zutiefst entsetzt und erschrocken. Viele Menschen glaubten damals, daß sei der Auftakt zu einem neuen Krieg.
Die eingeführten Maßnahmen — so erklärte der Ministerrat der DDR — werden nur bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland Gültigkeit haben.

12 Jahre ist es jetzt her: da merkten zum ersten Mal viele Menschen, mit der DDR stimmt etwas nicht. Der erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden war nach Stalins Tod verraten worden. Mit dem Mauerbau wurde deutlich, daß die Ulbricht und Chruschtschow das Volk mit Gewalt unterdrücken mußten. War das noch Sozialismus?

Um ihr Machwerk zu rechtfertigen, erfanden sie das Märchen:

Antifaschistischer Schutzwall

Antifaschistischer Schutzwall? — Sicher,

Westberlin war ein Spionage- und Diversionszentrum ersten Ranges, aber war es das erst seit 1961? Westberlin war als sogenannte 'Frontstadt' Tummelplatz der westdeutschen Imperialisten. Infolge des Währungsschwindels Ost- zur Westmark 4 zu 1 wurde kräftig geschoben. Westberlin fungierte, durch die Bundesbürger mit jährlich zwei Milliarden DM finanziert, als sogenanntes Schaufenster des Westens. Aber wie gesagt, war das erst seit 1961 so?

Nein! Diese Entwicklung hatte bereits 16 Jahre früher begonnen. Nachdem die Sowjettruppen Berlin erobert hatten, war Berlin 1945 vereinbarungsgemäß unter Vier-Mächte-Verwaltung gestellt worden. Die Anwesenheit der Westalliierten in Berlin sollte u.a. die im Potsdamer Abkommen garantierte wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands dokumentieren. Niemals war die Rede davon, daß die Westsektoren der Stadt zu den von den Westmächten besetzten Gebieten gehörten. Ganz Berlin lag auf dem Territorium der DDR und da liegt es noch heute.

Damals führte die KPD vorbildlich den Kampf für die deutsche Einheit im Sinne des Potsdamer Abkommens. Sie entsprach damit dem Interesse und dem Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes.
Durch den Zusammenschluß ihrer Besatzungszone zur Bizone, zur Trizone und schließlich durch eine separat durchgeführte Währungsreform sprengten die Westmächte die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Auch in Westberlin wurde die Währungsreform durchgeführt und damit die Verwaltungseinheit der Stadt gespalten.
Mit der Gründung des Spalterstaates 'Bundesrepublik Deutschland' wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens endgültig gebrochen. In Westdeutschland gingen die alten Kriegsverbrecher dran, mit Hilfe des US-Imperialismus Wirtschaft und Staat für ihre imperialistischen Ziele aufzubauen.

Frontstadt Westberlin

Damals auf dem Höhepunkt des sogenannten 'Kalten Krieges' war Westberlin wirklich eine Frontstadt. Agenten der westlichen Geheimdienste drangen in die DDR ein, warben Saboteure an. Produktionsanlagen wurden gesprengt, um den sozialistischen Aufbau zu stören, kommunistische Funktionäre wurden ermordet. Zu tausenden strömten am 17.Juni 1953 Westagenten über Westberlin in die DDR ein. Es gelang ihnen, die vorhandenen Unruhen des Volkes in einen konterrevolutionären Aufstand umzuwandeln.

Doch warum wurde damals keine Mauer gebaut? Weil die Sowjetunion, die Regierung der DDR einen scharfen Kampf gegen die Spaltungspolitik der Westmächte, der Adenauerregierung um die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens führten. Dieses Abkommen, das im Interesse des deutschen und der anderen Völker verhindern sollte, daß jemals wieder auf deutschem Boden ein aggressiver, militaristischer, imperialistischer Staat entstünde. Und mit ihnen kämpften in Westdeutschland hunderttausende unter der Führung der KPD, FdJ-ler und die in der 'Nationalen Front' des demokratischen Deutschlands organisierten Patrioten. für den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, für freie gesamtdeutsche Wahlen. Zahlreich waren die Vorschläge zur Wiederherstellung der nationalen Einheit seitens der Sowjetunion und der DDR.

Verrat am Sozialismus

Damals gab es noch einen sozialistischen deutschen Staat, die DDR, auf den sich die hoffnungsvollen Blicke nicht nur der westdeutschen und westberliner Arbeiter, sondern der Werktätigen ganz Europas richteten. Und während der westdeutsche Imperialismus, hochgepäppelt durch den USA-Imperialismus, wieder seine alte Herrschaft errichtete, errichteten unsere Klassenbrüder und -schwestern unter großen Opfern ihren ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden.

Doch mit der Herausbildung der neuen Ausbeuterklasse in der Sowjetunion, deren erster Vertreter Chruschtschow war, änderte sich die Lage. Die DDR war innerlich nicht stark genug und folgte dieser Entwicklung unter dem Statthalter Ulbricht. Damit war der Weg geebnet für den Verrat an der Einheit der deutschen Nation. Hatte Stalin den Kampf des deutschen Volkes für seine nationale Einheit vorbehaltlos unterstützt, so wurde unter Chruschtschow dieser Kampf eingestellt.

Auch die KPD in Westdeutschland war zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend entartet und geriet in Abhängigkeit von den neuen Machthabern in der DDR und in der Sowjetunion. Sie verriet ebenfalls den Kampf um den Sozialismus und damit auch um nationale Einheit. Der Kampf gegen die US-Besatzertruppen unter der Parole: ''Ami go home!'' und die Propagierung des Aufbaus eines sozialistischen Deutschlands wurde aufgegeben. Stattdessen wurde Frieden und Abrüstung gepredigt. Ulbricht empfahl, anstatt den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben, den Arbeitern und Bauern der DDR nach der Chruschtschow-Parole 'Gulasch-Kommunismus', Westdeutschland im pro-Kopf-Verbrauch an Konsumgütern zu überholen.



Auf der Potsdamer Konferenz führte Stalin den Kampf für die Einheit des deutschen Volkes.

Die Arbeiter und Bauern liefen dem 'Arbeiter- und Bauernstaat' davon

Schon Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre hatte es eine leichte Fluchtbewegung aus der sowjetischen Zone und späteren DDR gegeben. Damals kratzten die ehemaligen Krautjunker, die Zizewitz und Itzenplitz, die Fabrik- und Konzernherren, die ehemaligen Nazikoryphäen die Kurve. Den Arbeitern und Bauern der DDR konnte es nur recht sein, daß dieses Gelichter verschwand. Aber jetzt, Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, waren es neben Kleinbürgern die Arbeiter und Bauern der DDR, die zu hunderten, tausenden, zehntausenden, ihre Heimat verließen. Da war doch der Wurm drin. Viele von ihnen verspürten, wenn auch nicht immer bewußt, die kapitalistische Entartung der DDR. Sie sahen, wie sich eine neue Schicht, eine neue Klasse von Managern, Technokraten, Intellektuellen und Parteifunktionären entwickelte, die in trauter Eintracht mit den alten Kapitalisten ihre Geschäfte zu Lasten des Volkes machten. Und sie kehrten diesen Verhältnissen den Rükken. Natürlich war diese Haltung nicht korrekt und der Weg des geringsten Widerstandes. Sie hätten in ihrer Heimat bleiben und dort den Kampf um die Erhaltung ihrer sozialistischen Errungenschaften aufnehmen sollen. Sie sahen nur die Korruption, das Schiebertum und sagten sich: Danke bestens.

Verständlich, daß der Arbeitskräfteschwund früher oder später zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen mußte. Aber wer hatte sie denn verschuldet? Natürlich mischten die westdeutschen Kapitalisten kräftig mit und wandten die übelsten, erpresserischsten Methoden der Abwerbung an.

Durch den Verrat am sozialistischen Aufbau, der auch von der KPD im Westen gestützt wurde, verloren die Massen den Halt. 1951 war die Ausstrahlungskraft der Arbeiter- und Bauernmacht noch so stark, daß 30 000 Westdeutsche illegal (verfolgt von der westdeutschen Polizei) an den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin teilnahmen — 1961 meldeten sich an jedem Tag an die tausend DDR-Bürger in den Flüchtlingslagern. Am 13.August machte die DDR-Regierung die Grenze dicht und erließ Befehl, auf jeden Flüchtling zu schießen.

Die Schande des Ulbricht-Regimes

Selbstverständlich muß sich ein sozialistischer Staat nach außen gegen das Eindringen von Diversanten, Agenten und Saboteuren schützen. Aber wie macht er das? Durch Mauer und Stacheldraht? Nein! Sondern indem er die revolutionäre Wachsamkeit des Volkes erhöht. Indem er das Volk bewaffnet.
Aber genau davor fürchten sich die neuen Herren Kapitalisten. Denn genau wie in Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern auch, werden sich die Waffen in den Händen des Volkes der DDR gegen den Feind im eigenen Land und damit gegen die neue Bourgeoisie in der DDR und die sowjetischen Besatzertruppen richten.

Ebenso fürchtet sich die D'K'P davor. Sie soll in Westdeutschland als Nachfolgeorganisation der KPD, die bereits vor ihr den Kampf für den Sozialismus verriet, die westdeutsche Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abhalten.
In trauter Eintracht haben die neuen Verräter, die Honnecker und Bachmann, den Verrat an der Einheit der deutschen Nation weiter getrieben. Sie behaupten, eine deutsche Nation gebe es nicht.

Man schaue sich das kleine sozialistische Albanien an. 2,2 Millionen Einwohner. Rings umgeben von Feinden. Die jugoslawischen Revisionisten, die nichts lieber sähen als eine Einverleibung Albaniens in ihren Staat. Die griechischen Faschisten, die erst vor kurzem den Kriegszustand mit Albanien beendeten. Und auf der anderen Seite des Mittelmeers, knapp hundert Kilometer entfernt, die Kapitalisten. Allen voran der Papst, der es noch heute nicht verwinden kann, daß der schädliche Einfluß der Religion in Albanien, als einzigem Land in der Welt, gebrochen wurde. Sie alle, wie auch die sowjetischen Sozialimperialisten, die ihre Kriegsflotte provokativ im Mittelmeer kreuzen lassen, haben ein brennendes Interesse daran, Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, zum Verlöschen zu bringen.

Doch wird ihnen das nicht gelingen. Weil in Albanien das Volk Vertrauen zu seiner Kommunistischen Partei und seiner Regierung, und die Regierung und die Partei Vertrauen zum Volk haben. Weil dort im Gegensatz zu den kapitalistisch entarteten Ländern in Osteuropa der Sozialismus errichtet wird.

Waffen statt Mauern

In Albanien geht die Macht vom Volk aus. Um Albanien vor Diversanten und Saboteuren, vor seinen Feinden zu schützen, bedarf es weder Stacheldraht noch Mauer. Dazu genügt es, das Volk im revolutionären Geist des Sozialismus zu erziehen und zu bewaffnen. Die Albaner sind ein Volk in Waffen. Die Schäfer und Hirten hoch

DEUTS
DEM DEUTS

Für ein vereintes, unabhängig

MUSS WEG!

oben im Gebirge, die Fischer an der Küste, sie halte die Gewehre stets griffbereit. Die Arbeiter in den Fabriken, die Bauern in den Genossenschaften, die Studenten und Schüler an den Schulen, sie haben die Gewehre im Spind. Und nicht nur Gewehre haben sie, auch schwerere Waffen. Und natürlich die dazu gehörige Munition. Bei einem Angriff auf Albanien stünde das Volk in max. 2 Stunden kampfbereit.

Warum aber ließ Ulbricht das Volk entwaffnen, wenn er schon solch eine Angst vor Agenten und Diversanten hatte? Die Arbeiter von Henningsdorf, die mecklenburgischen Bauern u.a.m.? Warum? Weil er Angst hatte vor seinem eigenen Volk. Angst wie auch die anderen revisionistischen Führer, die Breshnew, Gierek, Kadar, Schiwkow usw. Angst, daß die Arbeiter, wenn sie Gewehre erhalten, ihre revisionistische Herrschaft stürzen und die Diktatur des Proletariats in ihren Ländern wieder errichten würden.

Nein, die Mauer ist kein Schutzwall, schon gar kein antifaschistischer. Sie ist gegen das eigene Volk und nicht die Feinde von außen gerichtet. Sie ist eine Schande, ein Zeugnis der Entartung der revisionistischen Führungsclique der DDR. Sie ist Verrat am Sozialismus, Verrat an der Nation!

' Beginn des Komplotts der Supermächte

Daß der Bau der Mauer 1961 möglich wurde, hat seine Ursachen bereits im Jahre 1959. Damals im Herbst des Jahres machte Chruschtschow seinen Antrittsbesuch bei den USA-Imperialisten. Damals begann mit dem sogenannten Geist von Camp David der Kuhhandel der Super-

HLAND
HEN VOLK!

mächte auf Kosten der Völker. Zwar gab es noch einige Schwierigkeiten, bis man sich näher kam. Die USA-Imperialisten schickten ihre Spionageflugzeuge über die Sowjetunion und starteten einen Überfall auf Cuba. Chruschtschow ließ Atomraketen auf Cuba stationieren, um sie dann wieder, als die US-Imperialisten mit Krieg drohten, zurückzuziehen.

So regte der Bau der Berliner Mauer auch niemanden dieser Herren – außer den eingefleischten Revanchisten – sonderlich auf. Weder im Osten noch im Westen. Wohl aber das Volk. Adenauer erschien einige Tage später in Westberlin, um sich die Bescherung anzuschauen. Die Westmächte täuschten Protest vor und Kennedy kam nach Westberlin, um die erregten Berliner mit seinem Spruch zu beruhigen: Auch ich bin ein Berliner! Damit war die Stoßrichtung klar: die gerechtfertigte Empörung der Westberliner und der westdeutschen Bevölkerung über die Verbrechen der DDR-Revisionisten sollte umgemünzt werden für die Ziele der westdeutschen Imperialisten, für eine Wiedervereinigung in ihrem Sinn.
Und statt gegen diese räuberischen Absichten den Kampf aufzunehmen, gaben die Sowjetunion und die DDR-Führung Schritt für Schritt nach.

"Laß du mir meinen Teil von Deutschland, dann laß ich dir deinen Teil von Deutschland", lautete schließlich die stillschweigende Übereinkunft zwischen den USA und der Sowjetunion.

Die Lage bleibt unverändert

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die westdeutschen Imperialisten stellten sich taktisch schnell auf die neue Situation ein, ohne ihr langfristiges Ziel, die Eroberung der DDR, aufzugeben. Für die Herren in Ostberlin war das schon schwieriger. Immerhin mußten sie der Verschacherung der Souveränität der DDR zustimmen.

Das Arrangement mit den neuen Zaren im Kreml fiel den westdeutschen Imperialisten umso leichter, je mehr diese sich ihrer kapitalistischen Denkweise anpaßten. So wurde man sich im Bonn-Moskauer-Vertrag auf Kosten der DDR schnell handelseinig. Der Kreml verkaufte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Er ließ die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages, zwischen allen Staaten, die gegen den Hitlerfaschismus kämpften, und den beiden deutschen Staaten, fallen. Auf die 'Unveränderlichkeit' aller Grenzen verzichtete er. Die Herren in Bonn versprachen umfangreiche Kapital- und Wirtschaftshilfe.

Das schmutzige Geschäft

Als alter Führer der KPD war Ulbricht der richtige Mann, den Verrat an den Interessen des deutschen Volkes einzuleiten und durchzusetzen. Für die Durchführung des Berlin-Abkommens und des Grundvertrages, die eine neue Stufe des Verrats der Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie der DDR an den Interessen der Bevölkerung darstellen, wurden neue Politiker notwendig. Ulbricht wurde durch Honnecker ersetzt. Er übernahm die schmutzige Aufgabe, dem Verkauf der Souveränität der DDR durch das Berlin-Abkommen zuzustimmen. Er übernahm die schmutzige Aufgabe, Westberlin an die Bundesrepublik zu verschachern. Indem die neuen Herren in der DDR gegenüber den westdeutschen Imperialisten die staatlichen Rechte der DDR und die nationalen Rechte des ganzen deutschen Volkes aufgaben, bewiesen sie, daß die Mauer nicht gegen das Eindringen westlicher Agenten gebaut worden war.

Was wir heute feststellen können, ist, daß die Regierungen beider deutscher Staaten in Anlehnung an die Politik oder auf Druck der Supermächte das Recht des deutschen Volkes auf seine nationale Einheit schamlos verraten haben. Das Komplott der zwei Supermächte richtet sich nicht nur gegen den Freiheitskampf, das Selbstbestimmungsrecht, die Unabhängigkeit der Völker, gegen das Recht des Proletariats auf seine Befreiung, es ist auch direkt gegen die Einheit des deutschen Volkes, gegen unser Recht auf nationale Einheit gerichtet.

Die Mauer muß weg!

...sagen auch die westdeutschen Imperialisten. Aber was verstehen sie darunter? Sie verstehen darunter die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs, die Einverleibung der DDR auf kaltem oder heißem Wege. Bundeskanzler Brandt hat es bereits 1969 in seinem 'Bericht zur Lage der Nation' erläutert: Das Ziel unserer Ostpolitik ist, "daß die 60 Millionen und die 17 Millionen, das eine und das andere Wirtschaftspotential, von den Armeen nicht zu sprechen, zusammenkommen". Das aber heißt: Errichtung der Großmacht Deutschland unter der Herrschaft der Krupp, Thyssen, Siemens u.a. Das war das Ziel der Ostpolitik eines Herren Adenauer. Das ist das Ziel der Ostpolitik eines Herren Brandt. Die Masken wechseln, aber alle handeln sie im Auftrage der alten Kanonenkönige.

Solch eine Art Wiedervereinigung aber darf es nicht geben. Sie liegt weder im Interesse des deutschen noch der anderen Völker, die die mörderische Aggressivität des deutschen Imperialismus in zwei blutigen Weltkriegen kennengelernt haben. Wenn die deutschen Imperialisten von Wiedervereinigung, von der Einheit der Nation, sprechen, dann meinen sie Ausplünderung, Unterdrückung und Ausbeutung des eigenen und anderer Völker.

Im Gegensatz zu ihnen haben die Machthaber in Ostberlin das Wort 'Deutschland' oder deutsche Nation schon lieber gleich aus ihrem Sprachschatz gestrichen. Dem Bonner Großmachtstreben stellen sie die Leugnung der deutschen Nation entgegen. Sie sind Statthalter von Moskaus Gnaden und stützen sich, um ihre Herrschaft gegen das Volk aufrecht zu erhalten, auf die sowjetischen Bajonette. Ihre Angst vor dem proletarischen Patriotismus, vor dem echten Nationalgefühl des Volkes, seiner Liebe zur Heimat, ist so groß, daß sie den Text der DDR-Nationalhymne überall unterdrücken, weil es darin heißt: "Deutschland, einig Vaterland".

Wie kommen wir zur Wiedervereinigung?

Die D'K'P, 1968 von Bonns Gnaden gegründet, um den Verrat an der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk mit einem 'sozialistischen Mantel' zu umhüllen, unterstützt voll und ganz den Ausverkauf der Souveränität der DDR. Sie stellt die Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten und die aggressive Allianz der beiden Supermächte, USA und SU, als Friedenspolitik hin.
Sie kämpft also gegen die Wiedervereinigung im Sinne des Potsdamer Abkommens, im Sinne des deutschen Volkes.
Dagegen fordern wir Kommunisten, die KPD/ML, die Respektierung und Anerkennung der Grenzen der DDR. Wir fordern ihre völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik. Wir fordern dies, damit dem Bonner Revanchismus und Militarismus ein Riegel vorgeschoben wird. Wir fordern die staatliche Souveränität aller Länder, um sie vor imperialistischen Angriffen und Einmischungen zu schützen. Das heißt aber nicht, daß wir auch nur eine Stunde unseren Kampf für ein vereintes und unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufgegeben haben oder aufgeben werden.

Wir Kommunisten kämpfen für ein sozialistisches Deutschland, für den Sieg der proletarischen Revolution, der Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten. Anders ist die nationale Befreiung des deutschen Volkes nicht zu erreichen.

Fast 30 Jahre nach Kriegsende befinden sich immer noch fremde Truppen auf deutschem Boden, für deren



Stationierung die Bevölkerung jährlich Milliarden an Steuergeldern aufbringen muß. Sowohl in West- wie in Ostdeutschland dienen sie – zusammen mit den eigenen Truppen – den Herrschenden dazu, ihre reaktionäre Herrschaft gegen das Volk aufrecht zu erhalten. Dienen sie den zwei Supermächten dazu, ihre Herrschaft bzw. ihren Einfluß zu sichern. Weder die Arbeiter und Bauern der Bundesrepublik noch die der DDR haben ein Interesse daran, daß fremde Panzer ihre Äcker zerwühlen, daß die Stationierung von Atomwaffen ihr Leben gefährdet. Deshalb fordert die KPD/ML den

BZUG ALLER FREMDEN TRUPPEN AUS DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik ist neben den USA das aggressivste Mitglied in der Nato, diesem Kriegsinstrument unter Führung des USA-Imperialismus.
Überall, wo es gilt, den Befreiungskampf der Völker blutig zu unterdrücken, ist Bonn beutegierig mit dabei.

Die DDR ist Mitglied des Warschauer Paktes, der ursprünglich der Verteidigung des sozialistischen Lagers dienend, nach dessen revisionistischer Entartung aus einem Instrument der Verteidigung zu einem Instrument der Unterdrückung der Völker durch die sowjetischen Sozialimperialisten wurde. Die Werktätigen Westdeutschlands aber können kein Interesse daran haben, einem aggressiven Militärpakt unter US-Kommando, die Werktätigen der DDR einem Militärpakt zu ihrer Unterdrückung anzugehören. Deshalb fordert die KPD/ML:

NIEDER MIT DER NATO!
NIEDER MIT DEM WARSCHAUER PAKT!

Die aggressive Allianz

Die aggressive Allianz der Supermächte ist der Hauptfeind der Völker der Welt. Sie ist auch gegen das deutsche Volk gerichtet. Ginge es nach dem Willen der USA-Imperialisten, der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Handlanger in West- und Ostdeutschland, Deutschland würde auf ewig geteilt bleiben.
Darum kann aber der Friedensvertrag mit allen Völkern, die gegen den Hitlerfaschismus gekämpft haben, auch nur durch den Kampf dieser Völker und des deutschen Volkes in der Bundesrepublik und in der DDR erkämpft werden.

Ergreifen wir unter der Losung:

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK!

das Banner der nationalen Befreiung. Die Wiedervereinigung, die Beseitigung der Mauer, darf nicht vom westdeutschen Imperialismus herbeigeführt werden, sie kann nur die freie Entscheidung der Werktätigen beider deutscher Staaten sein. Diese Entscheidung kann nur durch die Revolution in beiden deutschen Staaten erkämpft werden.



NIEDER MIT DEM KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION
IN WESTDEUTSCHLAND UND WESTBERLIN!
NIEDER MIT DER NEUEN BOURGEOISIE DER DDR!
FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION
IN WESTDEUTSCHLAND UND WESTBERLIN!
FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN DER DDR!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML:
FÜR EIN VEREINTES UND UNABHÄNGIGES,
SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

s, sozialistisches Deutschland!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

KAMBODSCHA:

ALLES FÜR DEN SIEG

Heute, nach jahrelangem mutigen bewaffneten Kampf, steht das kambodschanische Volk kurz vor seinem Sieg über die amerikanischen Aggressoren und seine Lakaien in Phnom Penh, Saigon und Bangkok. Mit wütenden Bombenangriffen, mit offenen Kriegsdrohungen versuchen sie, das kambodschanische Volk von der Eroberung der letzten Festung der Reaktion abzuhalten. Es wird ihnen nicht gelingen. Bei Redaktionsschluss standen die Truppen der Befreiungsarmee bereits 4,5 km vor den Toren Phnom Penhs.

Ein deutlicher Beweis des Sieges ist die Tatsache, dass in den befreiten Gebieten Kambodschas eine erste Nationale Konferenz abgehalten werden konnte. Wir drucken hier Auszüge der Erklärung dieser Konferenz ab.

"Vom 29. bis 11. Juli wurde an einemOrt in den befreiten Gebieten Kambodschas eine nationale Konferenz abgehalten, zu der 294 Personen unter dem Vorsitz des Vizepremieministers M.Khieu Samphan, des Ministers für nationale Verteidigung, des Chefkommandanten der Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung Kambodschas, zusammenkamen. Es nahmen weiter teil alle Minister und Vizeminister, sowie die Funktionäre der drei Abteilungen der Volksstreitkräfte und die Repräsentanten sämtlicher Organisationen der Nationalen Einheitsfront Kambodschas... "

Es wird dann darauf eingegangen, dass diese Konferenz in einer Situation stattfindet, in der der nationale Befreiungskampf kurz vor seinem endgültigen Sieg steht. In der Erklärung heißt es weiter:

"Phnom Penh, die letzte Zuflucht der Verräter, befindet sich in einem chaotischen Zustand, in einer Situation, die auf militärischem, ökonomischen, organisatorischem und moralischem Gebiet mehr als verzweifelt ist. Den Verrätern Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam, Cheng Heng, Sosthene Fernandez bleibt nichts anderes übrig als auf den Tag zu warten, an dem sie ihren letzten Atemzug tun werden. Das ist die offensichtliche Folge ihres Verrats und ihrer höchst abscheulichen Verbrechen an der Nation und am Volk Kambodschas.

Im Hinblick auf diese neue Situation beschloss die Nationale Konferenz einstimmig folgende Erklärung:

In dieser Erklärung wird zunächst dargelegt, dass das kambodschanische Volk ein friedliebendes Volk ist, das einen jahrhundertelangen Kampf gegen seine Unterdrückung durch ausländische Mächte führt. Es heisst weiter:

"Nach seinem Kampf zur Wiedergewinnung der Unabhängigkeit, waren die Nation und das Volk Kambodschas stets dem Frieden verpflichtet und bestrebt, mit den benachbarten Ländern und Völkern in Frieden zu leben, genauso mit allen Ländern und Völkern der Welt. Deshalb haben die Nation und das Volk Kambodschas auch 1956 die Politik der Neutralität beschlossen und entschieden daran festgehalten, sich weder irgendeinem Block anzuschliessen, noch irgendjemandem zu erlauben, militärische Stützpunkte im Land zu errichten.

Aber die amerikanischen Imperialisten und ihre einheimischen und fremden Lakaien haben nicht gewollt, dass die Nation und das Volk Kambodschas in Frieden leben.

...Subversive Aktivitäten, Sabotage, Putschversuche und die bewaffneten Angriffe zu Lande und in der Luft, erfolgten von den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien in Saigon und in Bangkok ohne Unterlass bis zum Staatsstreich am 18.3.1970. Mit diesem Staatsstreich, den die amerikanischen Imperialisten zusammen mit ihren Lakaien in Phnom Penh anstifteten, zerstörten sie die Unabhängigkeit, den Frieden, und die Neutralität Kambodschas und verwandelten Kamobdscha in einen Stützpunkt militärischer Aggressionen und eine Neo-Kolonie der USA, womit sie dem Volk von Kambodscha unbeschreibliche Qualen und Leiden zugefügt haben.

Noch mehr: am 30.April 1970 schickten die amerikanischen Imperialisten ihre Luftwaffe, ihre Kriegsmarine und ihre Bodentruppen – hunderttausende von Soldaten – gegen Kambodscha, vereinigen sie mit den Marionettentruppen von Saigon, um das Land direkt anzugreifen und einen äusserst wilden Krieg zu entfesseln, der unbeschreibliche Trümmer in Kambodscha zurückgelassen hat.

Dann, nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens über Vietnam im Januar 1973 und des Abkommens über Laos, haben die amerikanischen Imperialisten den Krieg gegen Kambodscha bis zu einem niemals erwarteten Grad eskaliert. Einerseits betrieben sie verstärkt die Politik der 'Kambodschanisierung' des Krieges gegen Kambodscha, wobei sie der Doktrin Nixons folgten, andererseits eskalierten sie ihren Aggressionskrieg durch die 'Amerikanisierung', nämlich des Luftkrieges gegen Kambodscha und mobilisierten alle ihre Luftstreitkräfte im südost-asiatischen Raum und im Pazifik, um die Bombardierungen und den Völkermord gegen die Nation und das Volk Kambodschas verstärken zu können."

Was sollte das kambodschanische Volk in dieser Situation tun? "Wir sind überzeugt, dass alle Völker der Welt und auch das amerikanische Volk uns vollkommen verstehen und dass sie ohne Zweifel genauso antworten wie wir, weil alle Völker der Welt und auch das amerikanische Volk genauso wie wir die Unabhängigkeit lieben, weil sie den Frieden für ihr Land wollen und für diese Unabhängigkeit und diesen Frieden gekämpft haben und alle die verschiedensten Opfer dafür gebracht haben."

So hat auch unser Volk ohne Unterlass gekämpft.



Sihanouk im befreiten Gebiet

"Gemäss der Position der 5 Punkte und des politischen Programms der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, führen die Nation und das Volk Kambodschas keinen Kampf, um irgendein Land anzugreifen oder zu bedrohen, sei es nah oder fern. Es führt deshalb auch keinen Kampf, um die amerikanische Nation oder das Volk der Vereinigten Staaten anzugreifen, ihm Leid zuzufügen oder Subversion gegen es auszuüben. Wir führen diesen Kampf auch nicht um der Macht willen. Die Nation und das Volk Kambodschas kämpfen für seine Freiheit, für den Frieden und für wirkliche Neutralität. Die Nation und das Volk Kambodschas kämpfen, damit:

"1. Die amerikanischen Imperialisten und alle ihre ausländischen Lakaien ihre Aggression beenden, ihre Bombardements gegen Kambodscha einstellen, ihre Truppen sowie ihr militarisches Personal abziehen, und das kambodschanische Volk seine inneren Angelegenheiten allein, ohne fremde Einmischung regeln kann.

2. Was die Verräterbande von Phnom Penh mit Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam, Cheng Heng, Sosthene Fernandez angeht, die die Führer der Clique von Erzverrätern an der Nation, Erzfaschisten und Erzgaunern sind, so wird das Volk von Kambodscha allein über ihr Los bestimmen und sie ohne fremde Einmischung stürzen.

3. Die Nationale Einheitsfront Kambodschas, deren Präsident Staatschef Samdech Norodom Sihanouk ist, und die Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodschas, deren Premierminister Samdech Penn Nouth ist, sowie M.Khieu Samphan als Vizepremierminister übernehmen die Kontrolle über Phnom Penh und die Führung einer Nation Kambodscha, die wahrhaft unabhängig, friedlich, neutral, souverän und demokratisch ist und sich auf ihre territoriale Integrität stützt.

5. Gemäss der Position der '5 Punkte' und ihrem politischen Programm, sind die Nationale Einheitsfront und die Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodschas die einzig rechtmässigen Repräsentanten der Nation und des Volkes von Kambodscha, die eine klare Innen- und aussenpolitische Linie vertreten.

Innenpolitisch: den nationalen Befreiungskampf führen, um die Unabhängigkeit und den Frieden für die Nation und das Volk Kambodschas zurückzugewinnen, die Versorgung der Bevölkerung zu regeln und das bestehende Niveau zu erhöhen, damit sie genug zu leben hat, Wohnung, Kleidung, Schulen, Krankenhäuser – und wahrhaft die Rechte der Freiheit und der Demokratie geniessen kann – auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellen Gebiet wie im materiellen und moralischen Bereich. Und das für die ganze Nation, ohne Unterschied der politischen Richtung und ohne Diskriminierung bei verschiedenen Religionen und Bekenntnissen.

Ausgenommen ist allein die kleine Handvoll von Verrätern: Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, In Tam, Cheng Hang und Sosthene Fernandez.

Aussenpolitisch: entschieden die Politik des Friedens und der Neutralität durchführen; sich keinem Block anschliessen; niemandem erlauben, fremde Stützpunkte auf dem Territorium von Kambodscha zu errichten; kein anderes Land, nah oder fern, angreifen, aber genauso, kein Land, nah oder fern, Kambodscha angreifen zu lassen; mit allen Ländern Beziehungen aufnehmen auf der Basis des gegenseitigen Nutzens, der gegenseitigen Achtung, ohne Einmischung in die eigenen Angelegenheiten des jeweiligen Landes; von allen Ländern wirtschaftliche und technische Hilfe annehmen, wenn sie ohne Bedingungen gewährt wird.

6. Diese Innenpolitik und diese Aussenpolitik stehen im Einklang mit den Friedens- und Neutralitätsinteressen Kambodschas, im Einklang mit seinem friedliebenden Wesen und mit der traditionellen und langjährigen Praxis des Buddhismus. Wir sind deshalb überzeugt, dass alle Völker der Welt, das amerikanische Volk, alle friedliebenden Menschen in der Welt und in den Vereinigten Staaten klar den Standpunkt des Friedens und der Neutralität der Nation und des Volkes von Kambodscha, der FUNK und der GRUNK, erkennen werden. Wir sind weiter der festen Überzeugung, dass die befreundeten Länder, nah oder fern, auf den fünf Kontinenten, die friedliebenden Völker und Menschen, noch machtvoller diesen gerechten Standpunkt der Nation und des Volkes von Kambodscha, der FUNK und der GRUNK, unterstützen werden, dass sie den Kampf in allen seinen Formen intensivieren werden, um die amerikanischen Imperialisten und alle ihre ausländischen Lakaien zu vertreiben, damit sie ihre Bombardierungen und alle militärischen Aktivitäten gegen Kambodscha stoppen, damit sie alle ihre Truppen und all ihr Militärpersonal von Kambodscha abziehen, damit so das kambodschanische Volk seine Probleme alleine, ohne fremde Einmischung lösen kann.

Die Nation und das Volk Kambodschas, die FUNK und die GRUNK solidarisieren sich mit allen Nationen und allen Völkern der Welt für den Frieden, für Unabhängigkeit und Demokratie. Die Nation und das Volk Kambodschas, die FUNK und die GRUNK sprechen allen befreundeten Ländern, nah und fern, ihren tiefsten Dank aus – besonders Vietnam, Laos, China, Korea, allen friedliebenden Völkern und Menschen in der Welt, dem friedliebenden Volk und den friedliebenden Menschen der Vereinigten Staaten. Denn sie haben uns täglich unterstützt und uns in vielfaltiger Weise bei unserem gerechten nationalen Befreiungskampf unterstützt. Wir betrachten diese Unterstützung und diese Hilfe als sehr wertvolle Zeichen der Brüderlichkeit und der Freundschaft, die wir immer bewahren, verstärken und weiterentwickeln werden.

Befreites Gebiet von Kambodscha, 21.Juli 1973

Unterschrift..."



Sihanouk spricht

GRUSSBOTSCHAFT

Die KPD/ML entbietet Ihnen und dem gesamten Khmer-Volk die herzlichsten Glückwünsche zum erfolgreichen Abschluss der ersten Nationalen Konferenz, die vom 19. bis zum 21.Juli an einem Ort in den befreiten Gebieten Kambodschas abgehalten wurde.

Die Konferenz hat in einer Situation stattgefunden, in der das kambodschanische Volk in seinem bewaffneten Kampf gegen das Marionettenregime um Lon Nol und Sirik Matak dem Endsieg entgegengeht.

Die KPD/ML hat von jeher den gerechten Standpunkt und den Kampf der Regierung der Nationalen Union von Kambodscha mit Samdech Norodom Sihanouk als ihrem Vorsitzenden unterstützt. Die Clique um Lon Nol stützt sich einzig auf die Bajonette und Bomben des amerikanischen Imperialismus. Die Regierung der Nationalen Union dagegen stützt sich auf die bewaffneten Volksstreitkräfte und die überwiegende Mehrheit des Khmer-Volkes, das ist die Garantie für ihren Sieg. Der US-Imperialismus versucht, mit Hilfe seiner Marionetten das kambodschanische Volk niederzuhalten und auszubeuten. Das kambodschanische Volk aber will in Freiheit, Unabhängigkeit und friedlicher Neutralität sein Land aufbauen.

In seinem Kampf steht das kambodschanische Volk nicht alleine da. Heute richten alle um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker ihr Hauptaugenmerk auf Kambodscha. Der Kampf des Khmer-Volkes ist eingereiht in den Kampf der Völker Indochinas und aller für Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden kämpfenden Völker gegen das Komplott der beiden imperialistischen Supermächte zur Beherrschung der Welt, sowie jegliche Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus. Der erfolgreiche Kampf des kambodschanischen Volkes ist ein weiterer Beweis dafür, dass auch ein kleines Volk, wenn es nur bereit ist zu den Waffen zu greifen und entschlossen den Kampf aufnimmt, eine Supermacht besiegen kann. Das kambodschanische Volk wird unter der Führung der nationalen Einheitsfront diesen Sieg erringen.

Die KPD/ML und mit ihr alle fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in Westdeutschland und Westberlin richten in diesen Tagen ihr Augenmerk auf den Kampf des Khmer-Volkes und werden noch grössere Anstrengungen zur Unterstützung seiner gerechten Sache unternehmen.

FÜR EIN FREIES, UNABHÄNGIGES, FRIEDLICHES UND NEUTRALES KAMBODSCHA!

ES LEBE DIE KÖNIGLICHE REGIERUNG DER NATIONALEN UNION KAMBODSCHAS!

ES LEBE DIE NATIONALE EINHEITSFRONT KAMBODSCHAS MIT SAMDECH NORODOM SIHANOUK AN DER SPITZE!

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM KAMBODSCHANISCHEN VOLK!

4.August 1973

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/
MARXISTEN-LENINISTEN
– Zentralkomitee –

Prozeß gegen Burghausener Antimilitaristen

Sieg durch Solidarität

Am 24.Juli 1973 standen drei Sympathisanten der KPD/ML und der Roten Garde aus Burghausen in Mühldorf/Bayern vor Gericht. (Siehe Roter Morgen Nr.29). Sie waren der Verteilung von Flugblättern zur Zersetzung der Bundeswehr – Paragraph 89 Bürgerliches Strafgesetzbuch – angeklagt. Dieser Paragraph, der sogenannte Zersetzungsparagraph, stammt noch aus der Nazizeit und wurde 1951 vom Bundestag in einer Blitzabstimmung in das bundesdeutsche Strafgesetzbuch aufgenommen. Mit Hilfe dieses Paragraphen hoffte die Bourgeoisie, einen Sieg über die Partei zu erringen, aber sie erlitt eine Niederlage auf der ganzen Linie.

Drei Tage vor dem Prozess fand eine Demonstration in Burghausen statt, um die Bevölkerung über die Anschläge der Klassenjustiz zu informieren. Flugblätter wurden verteilt, die das 'Verbrechen' der Angeklagten schilderten und zur Solidarität mit ihnen und Teilnahme an der Verhandlung vor dem Amtsgericht Mühldorf aufriefen. Da sich der Demonstration mehrere Burghausener Jugendliche anschlossen, spie die bürgerliche und zudem kirchenhörige Presse Gift und Galle gegen die 'Anarchisten' und 'Chaoten'. Das ist verständlich, denn durch die Solidarisierung jugendlicher Burghausener mit der Demonstration **erlitt die Bourgeoisie ihre erste Niederlage, noch bevor der Prozess gegen die Genossen begonnen hatte.**

Aufgeschreckt durch diese Niederlage und in der Befürchtung, es könnten sich noch mehr Menschen solidarisieren und das Gerichtsgebäude stürmen, liess der verhandelnde Richter **Polizisten mit Hunden** und eine Menge Zivilpolypen aufmarschieren, die dann die Menschen, die der Verhandlung zuhören wollten, **nach Waffen und sonstigen verdächtigen Sachen durchsuchten. Auch die Eltern der Angeklagten mussten sich dieser Prozedur unterziehen.** Was zur Sicherung des Prozesses dienen sollte, geriet zur zweiten Niederlage der Bourgeoisie. Die Menschen waren über diese Schikanen empört und bildeten sich ihren Reim auf diese brutale Massnahme. Die Mutter des einen Angeklagten gab dem Zorn der Menschen in ihrer Rede vor dem Gericht Ausdruck:

Eine Arbeiterfrau hält Gericht

"Was ich heute hier erlebt habe, schlägt dem ins Gesicht, was wir unserem Sohn früher ausreden wollten. In der Presse wird von Chaoten und arbeitsscheuen Elementen geredet. Mein Sohn steht im Arbeitsprozess, auch gegenüber seinen Geschwistern, kann ich als Mutter sagen, beweist er alles andere. Als Mutter mache ich mir Gedanken, wie die Jugendlichen auf sowas kommen. Als kinderreiche Familie wird man leicht als asozial abgetan. Was wir erlebt haben, bis wir eine Wohnung gekriegt haben, bis wir das Haus bauen konnten usw. Wie kommt es, dass sie sich solchen Grupen anschliessen? Wenn über Politik gesprochen wurde, habe ich bis jetzt gesagt: Ihr spinnt ja, so etwas wird bei uns doch nicht gemacht. Ich finde, dass das immer mehr Menschen dazu ermutigen wird, wenn man gleich mit Polizei kommt. Die Menschen sollen doch ihre eigene Meinungsbildung haben. Wenn mir einer ein Flugblatt in die Hand gibt, weiss ich doch selber, ob ich es wegschmeisse oder lese. Ich finde, dass wir, unser Volk als dumm angesehen wird, wenn man ein Flugblatt als hetzerisch erklärt und das so aufzieht." Der Staatsanwalt unterbrach hier die Frau und fragte grob: "Was ist hier aufgezogen worden?", worauf die Frau fortfuhr: **"Polizeihunde, Durchsuchungen usw. Ich war erschüttert.** Ich habe einen Prozess gesehen, einen **Sittlichkeitsverbrecher, die laufen frei herum**, aber was das hier soll, sowas habe ich noch nie gesehen... Ich habe vorher gesagt, das gibt es nicht, wenn ich gehört habe, wie die politischen Haftlinge heute gehalten werden. Die Richter sagen dann, es gibt keine politischen Gefangenen. Sie (die politischen Gefangenen – Anmerkung der Redaktion) werden psychisch so unter Druck gehalten, dass sie politisch nichts mehr sagen. Was sollen wir unseren Kindern sagen, wenn es in unserem Staat solche Sachen gibt?"

Hatte die örtliche Presse nach der Demonstration noch gejubelt, dass von einer Solidarisierung der Arbeiterklasse mit den Kommunisten nichts zu spüren gewesen wäre – der spontane Anschluss mehrerer werktätiger Jugendlicher widerlegt diese Behauptung – so zeigten die Worte der Mutter des einen Angeklagten der Bourgeoisie, dass ihr die Irreführung missglückt war, dass gerade Arbeiterinnen und Arbeiter die scheinheiligen Lügenmärchen und üblen Machenschaften, die Angst und die Brutalität der Bourgeoisie und ihrer Justizbüttel genau durchschauen und anprangern. **In ihrer mutigen Rede vor dem Gericht des Klassenfeindes** hat sich diese Mutter bereits mit dem **Kampf** gegen die Bourgeoisie und ihre Polizei, Bundesgrenzschutz und Justizmaschinerie solidarisiert. Von da zur aktiven Solidarität mit der KPD/ML, der Partei der Arbeiterklasse, ist es nicht mehr weit.

Aber nicht nur die Mutter, auch Arbeitskollegen solidarisierten sich mit dem Angeklagten. 13 Kollegen unterschrieben eine Solidaritätserklärung, die der Verteidiger in der Verhandlung vorlas.

Angesichts dieser Tatsachen konnte der Richter nicht dem Antrag des Staatsanwalts folgen und über den Genossen ein Jahr ohne Bewährung verhängen. Das Urteil lautete in zwei Fällen vier Wochen Jugendstrafe-Dauerarrest, in einem Fall vier Freizeitarreste. **Der konsequente politische Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den westdeutschen Militarismus und Imperialismus hatte den Sieg über die bürgerliche Klassenjustiz zur Folge.**

Solidarität der Arbeitskollegen

Mit diesem Sieg wurde die Solidarität vieler Arbeiter in Burghausen mit der KPD/ML nur noch gefestigt. Der verurteilte Genosse berichtet:

"Als ich am nächsten Tag in den Betrieb kam, war der Prozess natürlich Thema Nummer eins. Ich erzählte alles bis in die kleinsten Einzelheiten. Die Kollegen schüttelten nur immer den Kopf: "Das gibt's doch gar nicht!", "Wir sind schon wieder ganz schön weit gekommen" oder "Das nennt sich nun demokratischer Rechtsstaat". Es war teilweise so, dass die ganze Wut gegen die schwarze Juristenbrut hervorbrach, "die sowieso alle unter einer Decke stecken". Alle waren der Meinung, dass ich unbedingt in die Berufung gehen soll, dass ich diese "Schweinerei nicht auf mir sitzen lassen soll". **Spontan erklärten sich einige Kollegen bereit, mich dabei finanziell zu unterstützen.**
Was vor allen Dingen die Kollegen anerkannt haben, war unser entschiedener Kampf vor Gericht. Sie haben gesehen, dass wir keine Marktschreier sind, **sondern konsequent unsere Meinung vertreten, auch wenn wir deswegen eingesperrt werden sollen.** Insgesamt gesehen war der Prozess ein voller Erfolg. Den Stein, den die Bourgeoisie gegen uns und damit gegen die Partei erhoben hat, ist ihr mit voller Wucht auf die eigenen Füsse gefallen. Zuviele haben gesehen, was mit dieser Justiz, diesem Staat, dieser Gesellschaft wirklich los ist und dass es ein grosser Teil nicht nur beim Zuschauen belassen hat, sondern sich aktiv auf unsere Seite gestellt hat, macht die Niederlage der Klassenjustiz nur noch perfekter."

****

Kollegen, Freunde, Genossen!

Bitte schreibt uns über politische Verfolgungen und Prozesse. Schickt Anklageschriften und Beweisanträge, damit der ROTE MORGEN schneller und genauer informieren, den Klassenfeind besser entlarven und eine möglichst breite Solidarität initiieren kann!

Polizeispitzel in Tübingen:

Totenschein im Koffer

Immer häufiger setzt die Bourgeoisie Spitzel und Agenten ein: bei Streiks in Betrieben, bei Demonstrationen und Kundgebungen und zur Überwachung einzelner Personen. In Tübingen wurde von Studenten ein übler Polizeispitzel geschnappt. Welche Aufgaben diese Achtgroschenjungs haben, geht am besten aus dem Arsenal hervor, daß sie bei sich tragen.



Zivilpolizei im Einsatz

Am 27.Juni fand in Tübingen eine Demonstration mit abschliessender Kundgebung statt. Es ging gegen das neue Landeshochschulgesetz, das jede Opposition gegen die kapitalistische Ausbildung an den Universitäten durch Prüfungsdruck und Ordnungsrecht unterdrücken soll.

Während der Kundgebung beobachteten Studenten, dass jemand aus einem Fenster eines Hauses die Teilnehmer fotografierte. Als eine Gruppe Studenten zu ihm hochging, um ihn zur Rede zu stellen, trafen sie auf den Polizeispitzel Engelbrecht. Der fühlte sich ertappt und ergriff aus Angst vor Dresche die Flucht. Seinen Koffer liess er zurück. Folgende Gegenstände befanden sich darin:

– 1 Notizblock mit Namen von Studenten, die auf Versammlungen aufgetreten waren;
– 1 Pistole mit Magazin
– 1 Fernglas;
– 1 Paar Handschellen;
– 3 Abhörgeräte in Manschettenknopfgrösse;
– Totenscheine (die bei 'unnatürlichen Todesfällen' ausgestellt werden.)

Dieses Killermagazin, von der Pistole bis zum Totenschein, zeigt, dass die Arbeit der Polizeispitzel sich bei weitem nicht auf die Überwachung beschränkt.

Empört über diese Enthüllung verlangten am Tag drauf, als eine Senatssitzung stattfand, 400 aufgebrachte Studenten Rechenschaft von Uni-Präsident Theis darüber, dass die Uni-Bürokratie Spitzel und Agenten zur Überwachung streikender Studenten dulde oder gar selbst ansetze.

Präsident Theis gab eindeutig Rechenschaft: Er rief zwei 'vorsorglich bereitgestellte' Hundertschaften Bereitschaftspolizei in die Universität gegen die empörten Studenten.

14 Tage später zeigte sich, wozu Agenten wie Engelbrecht unter anderem dienen. Eine Grossrazzia wurde bei mehreren Studenten gemacht, um 'Rädelsführer' zu finden. **Dabei wurde der Student Michael Latz verhaftet. Die einzige Grundlage für die Verhaftung war ein Photo – geschossen von Agent Engelbrecht – anhand dessen Engelbrecht ihn als Teilnehmer der Demonstration wiedererkennen will.**

Als die Nachricht von den Hausdurchsuchungen bekannt wird, ziehen spontan 400-500 Studenten vor das Gerichtsgebäude, protestieren gegen diese faschistischen Methoden der Bourgeoisie und fordern "Freiheit für Michael Latz!" Am selben Abend findet eine Vollversammlung statt, die sich mit dem Verhafteten solidarisiert.

MSB sabotiert den Kampf

Bei diesen Aktionen zeigt sich, dass die Bourgeoisie neben ihren Spitzeln wie Engelbrecht auch noch andere Agenten hat. Was LHG, Polizeieinsatz, Spitzel und bürgerliche Klassenjustiz nicht schaffen, versuchen die Revisionisten als Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Bewegung zu erreichen: die oppositionelle Bewegung der Studenten am Boden zu halten.

Als die 400 Studenten vom Uni-Präsidenten Rechenschaft über den Spitzeleinsatz verlangten, versuchte ein Vertreter des MSB (Studentenorganisation der D'K'P) die Studenten, die voll Wut zum Sitzungssaal des Senats strömten, in einen abgelegenen Raum zu drängen 'zwecks ruhiger Diskussion'. Heute kann sich dieser Mensch mit dem Prädikat 'besonnener ASTA-Vertreter' schmücken, das ihm von der bürgerlichen Presse verliehen wurde.

Nicht anders die 'K'SG (Studenten des 'K'ABD). Auf der Vollversammlung, die am Abend nach der Verhaftung von M.Latz stattfand, wusste sie nichts besseres zu tun, als alle Organisationen, die für ein einheitliches Vorgehen auftraten, zu beschimpfen. Sie redete nicht anders als ein bürgerlicher Staatsanwalt. So überschlug sich der Vertreter der 'K'SG in der Beschwörung der 'Stärke der Bourgeoisie' und der Schwäche der oppositionellen Bewegung. Ja, er behauptete sogar, die Enttarnung des Polizeispitzels habe 'putschistische Züge' gehabt.

Es ist klar, welches Interesse diese Revisionisten an der Unantastbarkeit der Spitzel haben: Sie selbst sind Agenten der Bourgeoisie, nur viel gefährlicher für uns, als ein Engelbrecht mit seiner Pistole und seinen Totenscheinen: denn sie treten nicht offen als Feinde auf, sondern als Freunde der oppositionellen Studentenbewegung, um sie so auf ein totes Gleis zu führen.

Aber die Revisionisten konnten nicht verhindern, dass ein 'Solidaritätskomitee Freiheit für Michael Latz' gegründet wurde. Das Komitee hat als erstes die breite Öffentlichkeit über die unerhörten Vorfälle informiert.

Empörung gegen Polizeiterror

Dass die faschistischen Methoden der Bourgeoisie bei der Bevölkerung auf Hass stossen, zeigten viele Leserbriefe in der Lokalpresse Damit hatten die Bullen wohl nicht gerechnet. Ihr Apparat reagierte wie ein getroffenes Raubtier, sie schlugen wie wild um sich und entlarvten sich dabei immer mehr.

– Der Schreiber eines Leserbriefs verglich das Vorgehen der Polizei mit faschistischen Terrormethoden, indem er den für die Verhaftung verantwortlichen Polizeipräsidenten Karl Heuer als 'billigen Handlanger' bezeichnete, der 'staatstreu bis zum Massengrab' sei. Polizeipräsident Heuer stellte daraufhin einen Strafantrag, unterstützt vom Regierungspräsidium und der Polizeigewerkschaft.

– Die Sympathie der Bevölkerung mit der Aktion gegen Spitzel Engelbrecht war so stark, dass die Polizei sich genötigt sah, ein 'Informations'blatt zu den Vorfällen herauszugeben. Angesichts der massenhaften Empörung und Solidarität gegen Acht-Groschenjungs und ihren Präsidenten Heuer hiess es dort: "Wir verwahren uns ... gegen Verunglimpfung der Polizei, insbesondere aber auch gegen die systematische Diffamierung der im Dezernat Staatsschutz ... eingesetzten Kriminalbeamten als 'Spitzel' und 'Agenten'."

FREIHEIT FÜR MICHAEL LATZ!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPTAL UND SEINE HANDLANGER!



Solidarität mit dem spanischen Volk

Am Samstag, den 21.7., veranstaltete das Komitee "Keine Ferienreise nach Spanien!" einen Informationsstand in Gelsenkirchen über den antifaschistischen Kampf des spanischen Volkes. Dieses Komitee wurde von unserer Partei, der KPD/ML, und der Roten Garde, sowie von anderen fortschrittlichen und revolutionären Organisationen wie dem Fichte-Arbeiter-Turn- und Sportbund und der Ortsgruppe der Liga gegen den Imperialismus unterstützt.

Der Informationsstand war in der Bahnhofsstrasse der belebtesten Einkaufsstrasse Gelsenkirchens aufgestellt. Ein grosses Transparent forderte die Bevölkerung auf: Keine Reise nach Spanien! Flugblätter wurden verteilt, die erklärten, warum jetzt niemand nach Spanien fahren soll. Jede Touristen-Mark unterstützt den Francofaschismus. Der Tourismus ist für diese Henkerbande, die vom amerikanischen und westdeutschen Imperialismus gestützt wird, ein grosses Geschäft und eine der wichtigsten Industrien. Das spanische Volk soll die Rechnung bezahlen. Die Arbeiter und Bauern werden aus ihrer Gegend vertrieben, denn schmutzige Arbeiterslums passen nicht neben ein modernes Touristenhotel; die Preise werden durch den Tourismus für die Spanier ungeheuer in die Höhe getrieben. Schliesslich müssen unsere spanischen Brüder und Schwestern für einen Hungerlohn Sklavendienste in den Touristenhotels machen. Aber das spanische Volk weiss sich seiner Haut zu wehren. Unter Führung der PCE/ML und der revolutionären patriotischen Volksfront FRAP versetzt es der Francoclique immer entscheidendere Schläge. Die Tage werden kommen, da das spanische Volk dem faschistischen Terror der Franco-Clique ein für allemal ein Ende macht. Jeder aber, der heute in Spanien seine Ferien macht, auch wenn er selbst sich überhaupt nichts Böses dabei denkt, fällt dem kämpfenden spanischen Volk in den Rükken und unterstützt die dortigen Faschisten.



Diese Flugblätter des Komitees wurden sehr interessiert aufgenommen. **Viele Passanten meinten zwar, sie hätten sowieso kein Geld, um nach Spanien zu fahren, sie begriffen aber durchaus den politischen Inhalt unserer Forderung.** Ausserdem konnten wir in zahlreichen Gesprächen klar machen, wie die westdeutschen Imperialisten mit ihrer 'Friedenstaube' Brandt an der Spitze mit den Francofaschisten unter einer Decke stecken. Deshalb propagierten wir von der KPD/ML vor allem auch die Notwendigkeit, hier gegen die westdeutsche Kapitalistenbande zu kämpfen, weil dies die beste Unterstützung für das spanische Volk ist.



Presseagentur Spanisches Volk

Am Stand gab es verschiedene Literatur: die A.P.E.P.-Informationsbroschüren der FRAP und andere spanische Schriften, ausserdem grosse Plakate der FRAP sowie die Flugblätter des Komitees, verschiedene Nummer ndes ROTEN MORGEN über Spanien, die antiimperialistische Zeitschrift 'Funke' und andere Zeitschriften. In drei Stunden wurden allein 44 ROTE MORGEN verkauft, ausserdem zahlreiches anderes Material. Dies beweist das grosse Interesse der Gelsenkirchner Bevölkerung und ihre Solidarität mit dem kämpfenden spanischen Volk. In der Spendenbüchse kamen zusammen mit der Sammlung am Arbeitertreff insgesamt 70,– DM zusammen, die wir den spanischen Genossen übergeben haben.

Insgesamt war die Aktion ein ermutigender Erfolg. Wir fordern alle Genossen auf, in anderen Städten ebenfalls solche Komitees zu initiieren. Wichtig ist dabei, schon in den Hauptparolen klar aufzuzeigen, warum man keine Ferienreise nach Spanien machen soll. Und vor allem müssen wir unsere Alternative noch besser propagieren: Fahrt in den Ferien nach Albanien, dem Vorposten des Sozialismus in Europa!

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

PROBENUMMER ☐

DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER ....

ROTER MORGEN

Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

PARTEIVERANSTALTUNG IN BREMEN-WALLE:

Vorwärts mit der KPD/ML!

Samstag 18. 8. 19.00 Uhr
in der Gaststätte 'Kegler Heim', Auguststr./Holtenauerstr.

Auf dieser Veranstaltung wird unsere Partei die politische Linie zur Einheit der Marxisten-Leninisten darlegen.

ES SPRICHT DER 1.VORSITZENDE DER KPD/ML, GENOSSE ERNST AUST.

Hände weg von Ulrike Meinhof!

Unter diesem Aufruf fand am Samstag, 4.August in der Fußgängerzone am Husemannplatz in Bochum eine Kundgebung der Roten Hilfe Bochum statt. Knapp hundert Personen hatten sich versammelt und auch die vorübergehenden Passanten waren sehr interessiert.

Bewegt und empört nahmen viele Menschen auf, mit welchen unmenschlichen und barbarischen Mitteln die Polizei- und Staatsorgane jetzt gegen ihre politischen Gegner vorgehen, die nur noch mit den Methoden des faschistischen Hitlers vergleichbar sind. Zwanzig Meter weiter war ein Stand der D'K'P aufgebaut, die offensichtlich versuchten, die Passanten von der Kundgebung abzulenken. Selbst als die Polizei den Lautsprecher beschlagnahmte, taten die dortigen Funktionäre nicht das Geringste.

Ein Mediziner erläuterte im einzelnen, wie dieser brutale Eingriff auch von der wissenschaftlichen Sicht her nur zu begreifen ist als ein brutaler Versuch, einen Menschen fertig zu machen, zuerst geistig, und dass hierbei ein Mord an Ulrike Meinhof bewusst in Kauf genommen oder gewollt wird. An einen Protestaufruf hatten sich mehrere Professoren, Dozenten, Lehrer und andere angeschlossen.

Der Redner der Partei erklärte unter dem Beifall der Versammelten, dass sich die Partei voll solidarisch erkläre mit dem Aufruf:

Hände weg von Ulrike Meinhof!

Er wies nach, dass dieser Mordversuch an Ulrike Meinhof in einer Front der politischen Unterdrückung aller fortschrittlichen und kommunistischen Kräfte, sowie des ganzen Volkes steht, unterdrückt durch den Staatsapparat und die bürgerlichen Gesetze. Dass wir an dem Fall der Ulrike Meinhof ebenso wie an dem Fall des Opel-Betriebsrates Wischnewski und tausend anderen Fällen sehen, **wessen** Gesetze diese Gesetze seien. Und dass sich der Staat, wenn die Gesetze noch nicht eindeutig genügen, um einen Menschen umzubringen, er sich auch noch über diese Gesetze einfach hinwegsetzt, wie jetzt der Bundesstaatsanwalt Martin bei Ulrike Meinhof.

Die Versammeltes stellten sich voll hinter den Aufruf, jetzt eine breite Solidaritätsbewegung zu entfachen, mit allen Kollegen und Bekannten über diesen Mordversuch an Ulrike Meinhof zu reden, die Arbeit der Roten Hilfe noch weiter zu stärken. Dieser unmenschliche Eingriff an Ulrike Meinhof muss verhindert werden.

* * *

Berichtigung: 1.Mai in Hamburg

Im Bericht des Roten Morgen über die 1.Mai-Demonstration in Hamburg haben wir irrtümlich geschrieben, dass sich dort die 'Kommunistische Partei/ML der Türkei' beteiligte. Es handelte sich aber um die 'Patriotische Einheitsfront', die die Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei vertrat. Ebenso war es ein Vertreter der PEF, der eine Ansprache an seine türkischen Kollegen hielt.

Die PEF bittet uns, diese Fehler zu korrigieren und erklärt gleichzeitig, dass sie mit einer Organisation namens Kommunistische Partei /ML der Türkei nichts zutun hat.

Kontaktadresse: